



VKA verweigert Verhandlungen!

Arbeitgeber ducken sich weg

Seit Wochen warten wir auf die Entscheidung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in Verhandlungen für einen bundesweiten Rahmentarifvertrag im ÖPNV einzusteigen. Nachdem sich der Gruppenausschuss Nahverkehr Ende August mehrheitlich dafür ausgesprochen hatte, lehnt nun die Mitgliederversammlung der VKA die Verhandlungen ab. Eine Begründung lautet, man wolle nicht gleichzeitig Tarifverhandlungen mit unseren Tarifkommissionen in den Ländern führen, obwohl die Verhandlungen vielerorts schon begonnen haben.

Die Zahl derer, die das verstanden haben und uns unterstützen, wird immer größer. In zahlreichen Städten arbeiten wir mit Organisationen, die für eine Stärkung des Nahverkehrs eintreten, zusammen. Nur die Arbeitgeber haben scheinbar noch nicht verstanden, dass jetzt die Zeit ist, nicht nur die Schlüsselrolle des ÖPNVs für Klimaschutz und als Teil der Daseinsvorsorge zu benennen, sondern auch die katastrophalen Folgen des Sparzwangs.

Das ist nicht akzeptabel

Wir haben in den vergangenen Monaten trotz erschwelter Bedingungen unsere Fahrgäste täglich verlässlich an ihr Ziel gebracht. Mit Corona sind die Probleme nicht verschwunden, im Gegenteil. Nach 20 Jahren Sparkurs auf dem Rücken der Beschäftigten sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Trotz stetig steigenden Fahrgastzahlen wurden 15.000 Stellen abgebaut. Zugleich fordern Politik und Gesellschaft – zu Recht – den Ausbau und eine stärkere Rolle des ÖPNVs. Aber wie soll das gelingen, bei Arbeitsbedingungen, die die Krankenquoten in die Höhe treiben und den Nachwuchs einen weiten Bogen um die Verkehrsbetriebe machen lassen?

Jetzt werden wir handeln

Die Chance, einheitliche Standards und bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV zu schaffen, ergreifen die Arbeitgeber nicht.

Aber auch wenn die Arbeitgeber sich nicht einigen können, wir im Nahverkehr haben uns bundesweit aufgestellt.

Wir halten an unseren gemeinsamen Forderungen für einen bundesweiten Rahmentarifvertrag fest.

Das werden wir mit bundesweiten Warnstreiks zeigen.

Haltet euch bereit und achtet auf Ankündigungen!



Wir brauchen Entlastung und angemessene Honorierung unvermeidbarer Belastungen, bundesweit.

Unsere Forderungen:

Arbeitszeit

- 30 Tage Urlaub bezogen auf 5-Tagewoche und weitere individuelle Entlastungstage

Neue Überstundenregelung

- Insbesondere Verkürzung des Ausgleichszeitraums auf 14 Tage
- Keine Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten
- Fahrzeugverspätungen sind ab der 1. Minute vergütete Arbeitszeit

Nachwuchsförderung

- Verpflichtende Anrechnung der Ausbildungszeit im Betrieb / Unternehmen oder Konzern als Beschäftigungs- und Tätigkeitszeit

Sonderzahlung

- 100 % Sonderzahlung, keine Reduzierung für Fehlzeiten

Zuschläge und Zulagen

- Berechnung aller Zuschläge auf individueller Stufe
- Schicht- und Wechselschichtzulagen auch im Fahrdienst

Informiert Euch!

tvn2020.de
Hintergründe und Aktuelles zur Tarifrunde #tvn2020

oepnvbrauchtukunft.de
Plattform für unsere Aktivitäten für die Stärkung des ÖPNV und eine echte Verkehrswende



Impressum: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Verantwortlich: Christine Behle; Bearbeitung: Mira Ball - Stand: 20. September 2020 - W-3663-33-0920



■ Beitrittserklärung ■ Änderungsmitteilung

Vertragsdaten

Titel Vorname
 Name
 Straße Hausnummer

Land/PLZ Wohnort
 Telefon
 E-Mail

Mitgliedsnummer

Ich möchte Mitglied werden ab

Geburtsdatum

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Angestellte*r Beamter*in erwerbslos
 Arbeiter*in Selbständige*r

Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in Praktikant*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
 Dual Studierende*r Sonstiges

bis

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer
 PLZ Beschäftigungsort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst €

Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe

Monatsbeitrag €

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in

Mitgliedsnummer

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen